

Kreistagssitzung 3.5.22, TOP 10, Erweiterung des Landratsamtes

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir machen heute einen großen Schritt in einem sehr langen Verfahren. 2014 wurde der Kauf der Polizeidirektion beschlossen. Mittlerweile sind eineinhalb Wahlperioden des Kreistages vorüber gezogen. Nun beschließen wir die Entwurfsplanung und die Baufreigabe sowohl für die Polizeidirektion als auch für das neu zu errichtende Verbindungshaus.

Nach dem Bau werden wir die Kreisverwaltung in Heidelberg an einem Ort und in eigenen Gebäuden beieinander haben. Das wird sowohl für die Bürger\*innen als auch für die Verwaltung positive Effekte haben, und damit den ursprünglichen Antrieb für dieses Projekt erfüllen.

Wir beschließen heute über knapp 30 Millionen € an Ausgaben. Wir haben es in den letzten Jahren immer wieder erlebt, dass die geplanten Baukosten am Ende auch die tatsächlichen geblieben sind. Das Wort Punktlandung wurde relativ häufig verwendet. Dafür an dieser Stelle unseren Dank an Herrn Obländer und sein Team. Ihm selbst wünschen wir für seinen bevorstehenden Ruhestand alles Gute und dass er das bekommt, was er sich vorgenommen hat.

Für unser Bauvorhaben steht allerdings zu befürchten, dass so eine Punktlandung bei diesem Projekt kaum zu erwarten ist. Die Entwicklung der Baukosten in der nächsten Zukunft ist nicht überschaubar. Daher bleibt uns nur in der Bauphase eine stetige Ausgabendisziplin aufrecht zu erhalten.

Das Zwischengebäude wird im Passivhausstandard errichtet. Das ist bei Neubauten im Kreis mittlerweile seit langem Standard, auch wenn man anfangs darum kämpfen musste.

Wir als Grüne haben auch angeregt zu überprüfen, ob man das Gebäude auch in Holz oder Holzhybridbauweise errichten könnte. Das ist hier aus statischer Sicht nicht möglich. Dennoch regen wir hierzu aber auch an, bei künftigen Neubauten immer wieder eine solche Prüfung durchzuführen. Schließlich ändert sich gegenwärtig auch etwas an der Art zu Bauen, an den Baustoffen. Preise und Verfahren wandeln sich schnell, und so kann etwas was heute nicht möglich oder zu teuer erscheint in einem halben Jahr machbar sein. Stahl und Beton werden derzeit mit großem CO<sup>2</sup> Ausstoß hergestellt, und man sollte sie zurückhaltend und gezielt einsetzen.

Die Sanierung der Polizeidirektion.

Der Bau aus den 90er Jahren benötigt im Inneren 12,5 Mio. Sanierungskosten, die wir heute beschließen. Noch nicht darin enthalten sind knapp 4 Mio. für Außensanierung und weitere Klimaschutzmaßnahmen.

Wir haben in der letzten Kreistagssitzung unser Klimaschutzkonzept verabschiedet. Darin haben wir uns – gerade da wo wir selbst verantwortlich sind – große Ziele gesetzt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit jedes Jahr einen Absenkeffekt von 5-7% zu erzielen. Das müssen wir uns bei jeder Entscheidung vor Augen führen.

Daher waren wir als Fraktion auch hin und her gerissen, wie wir damit umgehen, dass nicht heute schon über alle Klimaschutzmaßnahmen mit entschieden wird. Wir können uns keine Versäumnisse leisten. Wir müssen unsere Klimaschutzanstrengungen auf jeder Ebene intensivieren.

Wir haben daher auch überlegt, ob wir die 3,8 Mio.€ heute per Antrag fordern. Wir haben uns letztlich dagegen entschieden. Denn natürlich gibt es auch andere Liegenschaften im Kreis, die dringenderen Bedarf haben, und bei denen mehr und schneller CO<sup>2</sup> eingespart werden kann.

Trotzdem bitten wir die Verwaltung aber zu prüfen, ob die Dachsanierung und die Errichtung der PV-Anlage nicht vorgezogen werden können.